

Welche Folgen hat die Privatisierung?

Lehrkräfte in Spanien organisieren sich gegen überfüllte Klassen und Druck von rechts, berichtet Laura Gejo Francisco

Interview: Carmela Negrete

Im April gab es bereits Lehrerproteste an verschiedenen öffentlichen Schulen in Spanien. Am 21. Mai wurde wieder mobilisiert. Was fordern Sie?

Es geht um grundlegende Fragen unserer Arbeitsbedingungen. Eine der wichtigsten Forderungen ist die Reduktion der Klassengrößen. An meinem Institut in Madrid haben viele Kollegen Klassen mit 35 oder mehr Schülern im Bachillerato, also in der Oberstufe. Das bedeutet nicht nur eine enorme Belastung während, sondern auch außerhalb der Schulzeit: Unterricht vorbereiten, Prüfungen korrigieren, individuelle Betreuung leisten. Außerdem fordern wir weniger bürokratische Aufgaben und Unterrichtsstunden. Selbstverständlich geht es auch um die Gehälter. In der Region Madrid gehören die Lehrkräfte trotz der hohen Lebenshaltungskosten zu den am schlechtesten bezahlten im ganzen Staat. Ursprünglich war die Idee, dass es an den Schulen »encierros«, also Besetzungen oder Übernachtungsproteste, geben sollte. Inzwischen wurde das Konzept aber geöffnet. Jede Lehrerversammlung an den jeweiligen Schulen kann selbst entscheiden, welche Form der Protest annimmt. Entscheidend ist, dass sich die Kolleginnen und Kollegen organisieren.

Bildungspolitik liegt in Spanien vor allem in der Verantwortung der - autonomen Regionen. Hat die langjährige Regierung des Partido Popular in Madrid Einfluss auf die Situation?

Absolut. Die Regierung des Partido Popular präsentiert Madrid gern als eine der wohlhabendsten Regionen Spaniens mit einer sehr hohen Kaufkraft. Aber dieser Wohlstand spiegelt sich nicht in den Arbeitsbedingungen der Beschäftigten im öffentlichen Bildungswesen wider. Gleichzeitig erleben wir seit Jahren eine Politik der Privatisierung der Bildung. Das verschlechtert sowohl die Bedingungen für Lehrkräfte als auch die Qualität der Bildung für Schüler.

Wie zeigt sich diese Privatisierung konkret?

Öffentliche Gelder werden zunehmend in »concertados« gelenkt, also halbprivate Schulen. Gleichzeitig entstehen in vielen Stadtteilen neue private oder halbprivate Einrichtungen, während öffentliche Schulen kaum ausgebaut werden. Das hat gravierende Folgen. In manchen Bezirken führt es dazu, dass öffentliche Schulen sozial immer stärker segregiert werden. Familien treffen ihre Entscheidungen auch danach, welche Schulen finanziell und politisch

gefördert werden. Hinzu kommen staatliche Hilfen, die die Einschreibung an halbprivaten Schulen begünstigen.

Kürzlich gab es auch Proteste an den Universitäten, etwa an der Universität Complutense in Madrid. Hängt das mit denselben Problemen zusammen?

Ja. Die Regionalregierung erhöht Jahr für Jahr die Mittel für private und halbprivate Bildungseinrichtungen. Gleichzeitig werden öffentliche Universitäten finanziell unter Druck gesetzt. Das führt beispielsweise dazu, dass Stundenpläne eingeschränkt werden oder weniger Angebote existieren – besonders problematisch für Studierende, die neben dem Studium arbeiten müssen. Das ist dieselbe politische Logik wie im Schulbereich.

Spanien wird derzeit von einer angeblich progressiven Regierung auf nationaler Ebene regiert. Tut die Zentralregierung genug?

Es gibt Diskussionen und einzelne Maßnahmen, aber viele zentrale Forderungen bleiben unerfüllt. So gibt es bislang keine staatliche Regelung, die etwa die Unterrichtsverpflichtungen der Lehrkräfte spürbar senken würde. Die Probleme bleiben bestehen. Wir können nicht einfach darauf warten, dass irgendwann Veränderungen kommen. Der Druck muss auch von unten kommen.

In den vergangenen Jahren gab es Debatten über politische Einflussnahme an Schulen, etwa in Regionen, in denen die rechte Partei Vox mitregiert. Sehen Sie ähnliche Konflikte auch in Madrid?

Wir erleben andere Formen politischer Einflussnahme. Vor einigen Monaten wurde viel darüber diskutiert, dass die Regionalregierung Kurse über die Geschichte des Terrorismus in Spanien finanziert hat, in denen behauptet wurde, die baskische Organisation ETA existiere weiterhin. Solche Maßnahmen zeigen, wie Bildungspolitik ideologisch genutzt wird. Auch an unserem eigenen Institut gab es Vorfälle. Im vergangenen Schuljahr wurde das historische Gebäude des San Isidro für die Eröffnung der Kulturveranstaltung »Veranos de la Villa« genutzt. Einer der Gäste war damals der Vox-Abgeordnete Javier Ortega Smith. Er hielt dort eine sehr aggressive und homophobe sowie transfeindliche Rede. Einige Lehrkräfte, die noch im Institut arbeiteten, widersprachen ihm offen. Noch am selben Tag erhielt einer unserer Kollegen Drohungen.

Das klingt nach einer Atmosphäre der Einschüchterung.

Ja, absolut. Viele Menschen sehen Lehrkräfte nur als Staatsbedienstete. Unter uns breitet sich Angst aus. Immer mehr Kollegen zögern, öffentlich eine klare politische Meinung zu äußern. Gerade deshalb sind Mobilisierungen wichtig. Es geht auch darum, die öffentliche Schule als demokratischen Raum zu verteidigen.

<https://www.jungewelt.de/artikel/523018.bildungsproteste-in-spanien-welche-folgen-hat-die-privatisierung.html>